

## Fragen

für die Fragestunde der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 29. Januar 2025

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökey (Gruppe Die Linke)	16, 29	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	17, 18
Bachmann, Carolin (AfD)	15	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	51, 52
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Müller, Carsten (Braunschweig) (CDU/CSU)	25, 42
Brandner, Stephan (AfD)	2, 4	Pahlmann, Ingrid (CDU/CSU)	5, 6
Breher, Silvia (CDU/CSU)	9	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	32, 44
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	28, 31	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	43
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	38, 39	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	22, 23
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	49, 50	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	36, 37
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	24, 46	Schattner, Bernd (AfD)	1, 3
Gürpinar, Ates (Gruppe Die Linke)	12	Seitz, Thomas (fraktionslos)	20, 30
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	26	Tebroke, Hermann-Josef, Dr. (CDU/CSU)	7, 45
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	21, 33	Teutrine, Jens (FDP)	47, 48
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	19, 41	Vogler, Kathrin (Gruppe Die Linke)	13, 14
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	27, 40	Wiesmann, Bettina Margarethe (CDU/CSU)	8
Janssen, Anne (CDU/CSU)	10, 11		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes ....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat .....	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele transgeschlechtliche Menschen momentan in Deutschland leben?
2. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) Was sind nach Ansicht der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die fünf wichtigsten Gründe dafür, dass Deutschland im aktuellen Regenbogen-Ranking der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) Europe im EU-weiten Vergleich auf den 8. Platz voranrücken konnte, und welche Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesministerin noch nötig, um unter die Top-3-EU-Mitgliedstaaten zu kommen (<https://regionalheute.de/deutschland-erreicht-in-europa-ranking-fuer-lgbt-rechte-platz-10-1715783643/>)?
3. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie stark momentan die Gewalt an Frauen, Jugendlichen bzw. wie stark die Gewalt in deutschen Familien zunimmt?
4. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) Auf was führt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das massive Gewaltproblem gegen Frauen, das Deutschland ihrer Aussage nach hat, zurück ([www.deutschlandfunk.de/familienministerin-paus-deutschland-hat-ein-massives-gewaltproblem-gegen-frauen-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/familienministerin-paus-deutschland-hat-ein-massives-gewaltproblem-gegen-frauen-100.html))?
5. Abgeordnete  
**Ingrid Pahlmann**  
(CDU/CSU) Wie positioniert sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hinsichtlich der Ausweitung der Frühen Hilfen auf Kinder über drei Jahre, wenn im Neunten Familienbericht festgehalten ist, dass sich eine nachhaltige Wirkung der Frühen Hilfen nur gewährleisten lässt, wenn auch für die anschließenden Phasen nach dem vierten Geburtstag der Kinder geeignete Versorgungsstrukturen verfügbar sind, die über Präventionsketten frühe Investitionen fortführen und deren Erträge sichern?
6. Abgeordnete  
**Ingrid Pahlmann**  
(CDU/CSU) In welchen anderen Themenbereichen der Jugendbildung war das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abseits der Demokratieförderung in den letzten drei Jahren engagiert?

7. Abgeordneter  
**Dr. Hermann-Josef Tebroke**  
(CDU/CSU) Wie bewertet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Verzicht auf die Staffelung des Kindergeldes zum Nachteil kinderreicher Familien?
8. Abgeordnete  
**Bettina Margarethe Wiesmann**  
(CDU/CSU) Aus welchem Grund hat die Bundesregierung an dem breiten Beteiligungsprozess zum Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKJHG; inklusives SGB VIII) zwar aus den Regierungsfractionen sechs Bundestagsabgeordnete mit sechs Vertretern (vgl. Bericht zum Abschluss des Beteiligungsprozesses, S. 19 f.), jedoch keine Abgeordneten der Oppositionsparteien beteiligt?
9. Abgeordnete  
**Silvia Breher**  
(CDU/CSU) Hätten nach Auffassung der Bundesregierung mit Blick auf ihre Antwort auf meine Schriftliche Frage 98 auf Bundestagsdrucksache 20/14338 zu den Rückzahlungsansprüchen des Bundes im Rahmen des Investitionsprogramms zum „beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern“ in Höhe von über 40 Mio. Euro zuzüglich rund 850.000 Euro Zinsen diese Rückzahlungsforderungen in den Kommunen verhindert werden können, wenn die gesetzliche Frist zur Verausgabung der Mittel des o. g. Investitionsprogramms – wie im Gesetzentwurf der Fraktion CDU/CSU zur Fristverlängerung beim Ganztagsausbau (Bundestagsdrucksache 20/5544) vorgesehen – verlängert worden wäre, und wenn nein, warum nicht?
10. Abgeordnete  
**Anne Janssen**  
(CDU/CSU) Wieso hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode keine Reform des Conterganstiftungsgesetzes auf den Weg gebracht, und welchen Stand haben die von den Berichterstatterinnen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Dezember 2023 und Juni 2024 an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gesendeten Prüfbitten zur Hinterbliebenenversorgung und zur Reform der Struktur der Contergan-Stiftung?
11. Abgeordnete  
**Anne Janssen**  
(CDU/CSU) Inwiefern kann die Bundesregierung weiterhin zusichern, dass die rund 990 Mio. Euro, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 nicht mehr zur Verfügung stehen und ausgebucht wurden, für den insgesamt mit 3,5 Mrd. Euro veranschlagten Ganztagsausbau dennoch bereitgestellt werden, und aus welchem Einzelplan sollen diese Mittel kommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

12. Abgeordneter  
**Ates Gürpinar**  
(Gruppe Die Linke) Von welcher Zunahme an Bedarf von ambulanten und stationären Pflegeleistungen bis zum Jahr 2030 geht die Bundesregierung angesichts der aktuellen Entwicklung der Pflegeprävalenz, Pflegeinzidenz und Pflegedauer aus ([www.bifg.de/publikationen/reporte/pflegereport-2024](http://www.bifg.de/publikationen/reporte/pflegereport-2024)), und welche Kosten kalkuliert sie dafür?
13. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(Gruppe Die Linke) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem von US-Präsident Donald Trump verordneten Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation, und welche Folgen könnte dieser Austritt für Deutschland und andere EU-Länder haben?
14. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(Gruppe Die Linke) Welche Auswirkung auf die Patientenversorgung erhofft sich die Bundesregierung von der Entbudgetierung der Hausärztinnen und Hausärzte?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

15. Abgeordnete  
**Carolin Bachmann**  
(AfD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Recyclingverfahren der aus mehreren Verbundmaterialien bestehenden Rotorblätter von Windenergieanlagen, und wie sind diese Verfahren nach Kenntnis der Bundesregierung in die bestehende Kreislaufwirtschaft eingebunden bzw. sollen eingebunden werden (bitte nach jeweiligem Verfahren und betreffendem Verbundmaterial aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und  
des Bundeskanzleramtes**

16. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung zu öffentlich geförderten Kampagnen machen, die über Einbürgerungsmöglichkeiten informieren (bitte nach bundesweiten und regionalen Kampagnen aufschlüsseln), und welche Informationen kann sie zu aktuell mit Bundesmitteln geförderten Forschungsvorhaben zum Einbürgerungsprozess geben, einschließlich Evaluierungen und Datenerfassungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wirtschaft und Klimaschutz**

17. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Welche Kosten müssen von den staatseigenen Unternehmen SEFE Securing Energy for Europe GmbH und Uniper SE nach Kenntnis der Bundesregierung für die Erfüllung internationaler Gaslieferverträge bis 2040 aufgewendet werden, und woher wird das dafür benötigte Gas kommen (bitte die Summen angeben, die davon an russische Unternehmen ausgezahlt werden; [www.welt.de/wirtschaft/plus255159974/Russland-Putins-Gas-und-der-indische-Kunde-das-Dilemma-des-Staatskonzerns-Sefe.html](http://www.welt.de/wirtschaft/plus255159974/Russland-Putins-Gas-und-der-indische-Kunde-das-Dilemma-des-Staatskonzerns-Sefe.html))?
18. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Hat die Bundesregierung bislang Anstrengungen unternommen, dass die staatseigenen Firmen SEFE Securing Energy for Europe GmbH und Uniper SE die „Take or Pay Verträge“ bezüglich Energielieferungen aus Russland nach Deutschland oder in Drittstaaten beenden können, und wenn ja, welche, und welche Kosten würde eine Aufkündigung dieser Verträge verursachen ([www.welt.de/wirtschaft/plus255159974/Russland-Putins-Gas-und-der-indische-Kunde-das-Dilemma-des-Staatskonzerns-Sefe.html](http://www.welt.de/wirtschaft/plus255159974/Russland-Putins-Gas-und-der-indische-Kunde-das-Dilemma-des-Staatskonzerns-Sefe.html))?

19. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Leistungsbestandteile beinhaltet die am 17. Dezember 2024 zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und der [init] AG für digitale Kommunikation abgeschlossene „Rahmenvereinbarung zum Hosting sowie zur technischen und redaktionellen Betreuung der Internetauftritte und Zuarbeit für die Social-Media-Kanäle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)“ (vgl. <https://ted.europa.eu/de/notice/-/detail/24620-2025>; bitte auch angeben, wie viele [Plan-]Stellen im BMWK zum Stichtag 17. Dezember 2024 für die technische und redaktionelle Betreuung der Internetauftritte des BMWK vorgesehen waren), und welche Kosten sind im BMWK seit Beginn der Amtszeit der Bundesregierung für das Hosting sowie die technische und redaktionelle Betreuung der Internetauftritte und die Zuarbeit für die Social-Media-Kanäle des Bundesministeriums angefallen?
20. Abgeordneter  
**Thomas Seitz**  
(fraktionslos)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des europäischen Stromverbundnetzes die Gesamtkapazität der Grenzkuppelstellen zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten (Stand: 31. Dezember 2024), und wie verteilt sich diese Gesamtkapazität auf die einzelnen Grenzkuppelstellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

21. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Maßnahmen – z. B. im Rahmen eines zukünftigen Sanktionspakets – ergriffen, um sicherzustellen, dass westlichen Bürgern nicht massive Vermögensnachteile entstehen durch das russische Gesetz 470-FZ vom 4. August 2023 und dessen Auswirkungen, das die Aktionärsrechte europäischer Anteilseigner an russischen Unternehmen aussetzt und verlangt, dass die Aktien an die Eigentümer der besitzenden europäischen Holdingstrukturen aufgeteilt und übertragen werden und ein darauffolgender Verkauf der verbliebenen Aktien nur zu 60 Prozent unter Marktwert möglich ist und für den zusätzlich noch 35 Prozent Steuern vom russischen Staat anfallen, sodass dem Anleger lediglich 5 Prozent des Ursprungswertes bleiben, und wenn ja, welche, und plant die Bundesregierung, etwas dagegen zu unternehmen, dass das Abstimmungsverhalten und der Meinungsbildungsprozess innerhalb der europäischen Holdingstrukturen ganz offensichtlich einer staatlichen russischen Kontrolle unterliegt, da die häufig getroffene Entscheidung für einen Verkauf der verbliebenen Aktien zu diesen Konditionen nach meiner Ansicht klar im Interesse der russischen Seite liegt und eine Quasi-Enteignung europäischer Investoren darstellt, und wenn ja, was?
22. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Verdachtsfälle nach dem Geldwäschegesetz (GwG), bei denen ein Bezug zu Personen oder Organisationen besteht, die der rechtsextremen Szene oder der Neuen Rechten zugeordnet werden, wurden der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit – FIU) seit 2023 gemeldet, und wie viele solcher Fälle hat die FIU im gleichen Zeitraum an Strafverfolgungs- oder Sicherheitsbehörden weitergegeben (bitte nach Jahren und Höhe der vom Verdacht betroffenen Finanzmittel auflisten)?
23. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Verdachtsfälle nach dem Geldwäschegesetz (GwG), bei denen ein Bezug zu Straftaten im Phänomenbereich PMK-rechts bestand bzw. festgestellt wurde, wurden der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit – FIU) seit 2023 jeweils jährlich gemeldet, und wie viele solcher Fälle hat die FIU im gleichen Zeitraum an Strafverfolgungs- oder Sicherheitsbehörden weitergegeben (bitte nach Jahren, Straftatvorwurf und Höhe der vom Verdacht betroffenen Finanzmittel auflisten)?



24. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)
- Für wie viele Betriebe hatte die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2024 in Brandenburg die Kontrollkompetenz (bitte auch die Zahl der hierunter fallenden Beschäftigten angeben), und wie viele Arbeitgeberprüfungen hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit im Jahr 2024 in Brandenburg durchgeführt (bitte nach Branchen differenzieren)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat**

25. Abgeordnete  
**Carsten Müller**  
**(Braunschweig)**  
(CDU/CSU)
- Woran ist die praxistaugliche gesetzliche Regelung der Speicherung von IP-Adressen in den letzten Jahren gescheitert, obwohl selbst das Bundesministerium des Innern und für Heimat wiederholt erklärte, dass eine Pflicht zur Speicherung von IP-Adressen nicht nur ausdrücklich zulässig, sondern sogar zwingend erforderlich ist?
26. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(Gruppe Die Linke)
- Ist der Bundesregierung die von der Paralympics-Siegerin Maïke Hausberger öffentlich geäußerte Kritik über die unmittelbare Athletenförderung in der SWR-Sportschau am 8. Januar 2025 bekannt ([www.sportschau.de/regional/swr/swr-paralympic-ssiegerin-maïke-hausberger-ich-habe-es-satt-100.html](http://www.sportschau.de/regional/swr/swr-paralympic-ssiegerin-maïke-hausberger-ich-habe-es-satt-100.html)), und wenn ja, welche Schlüsse zieht sie daraus, und sollte sie die Kritik für gerechtfertigt halten, was unternimmt die Bundesregierung, damit diesbezügliche ggf. bestehende Missstände kurzfristig beseitigt werden?
27. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(Gruppe BSW)
- Sind der Bundesregierung bisher konkrete Fälle einer auf die Wahl zum Deutschen Bundestag 2025 gerichteten ausländischen Einmischung bzw. Desinformation bekannt, und falls ja, welche (bitte auch die jeweiligen anderen Staaten angeben)?

28. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)
- Führt oder hat die Bundesregierung Gespräche mit Italien zur Wiederaufnahme von Dublin-Überstellungen geführt, nachdem Italien diese seit Dezember 2022 einseitig ausgesetzt hat, und wenn ja, was sind die konkreten Inhalte dieser Gespräche, und mit wem wurde hierzu gesprochen (bitte möglichst genau ausführen), und wenn nein, inwiefern ist die Bundesregierung weiterhin der Meinung, „dass Italien temporäre Hindernisse im Überstellungsverkehr schnellstmöglich behebt“ (Antwort der Bundesregierung zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/5868, bzw. ihre Antwort zu Frage 18j der Kleinen Anfrage der Gruppe Die Linke auf Bundestagsdrucksache 20/14574), in Anbetracht der Tatsache, dass diese temporären Hindernisse nun bereits seit über zwei Jahren bestehen, und warum nutzt die Bundesregierung in Dublin-Fällen mit italienischer Zuständigkeit nicht bereits frühzeitig ihr Selbsteintrittsrecht, um Verfahren, für die Deutschland absehbar zuständig wird, durch die Umgehung der langwierigen Wartezeit von sechs Monaten bis zum Ende der Überstellungsfrist zu beschleunigen (bitte möglichst detailliert ausführen)?
29. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung zur Zahl der Einbürgerungen im Jahr 2024 machen (einschließlich einer Aufschlüsselung nach Bundesländern und den fünf häufigsten Herkunftsländern), und in wie vielen Fällen konnten Personen, die ohne eigenes Verschulden Sozialleistungen beziehen, nach Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts am 27. Juni 2024 im Rahmen der Härtefallregelung der Ermessenseinbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen?
30. Abgeordneter  
**Thomas Seitz**  
(fraktionslos)
- Sind nach Kenntnis der Bundesregierung von den 28 männlichen Personen, die am 30. August 2024 nach Afghanistan abgeschoben wurden, eine oder mehrere anschließend wieder nach Deutschland eingereist, und falls ja, wie ist der Aufenthaltsstatus dieser Personen (bitte bei jeder Person den Tag der erneuten Einreise ins Bundesgebiet bzw. der erneuten Feststellung im Bundesgebiet angeben sowie den zuletzt bekannten Aufenthaltsstatus)?

31. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung nun Personen, die ihren Aufenthaltstitel als Fachkraft erstmals nach dem 1. März 2024 erhalten haben, unter bestimmten Voraussetzungen ihre Eltern und auch ihre Schwiegereltern nachziehen lassen können, während Menschen mit anderen Aufenthaltstiteln, bspw. nach § 25 des Aufenthaltsgesetzes oder einer Niederlassungserlaubnis, oder nach der Einbürgerung, folglich also deutsche Staatsangehörige, diese Möglichkeit nicht haben, und stellt dieser Umstand nach Einschätzung der Bundesregierung eine Ungleichbehandlung dar, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieser Ungleichbehandlung entgegenzuwirken (bitte möglichst konkret ausführen), und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung diese Einschätzung (bitte möglichst detailliert erläutern)?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

32. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)
- Welches zwischenzeitliche Fazit zieht die Bundesregierung zum gegenwärtigen Machtübergang in Syrien nach der Absetzung des Präsidenten Baschar al-Assad aus deutscher Perspektive (vgl. FAZ – [www.faz.net/aktuell/politik/krieg-in-nahost/nach-assads-sturz-in-syrien-sie-trauen-den-neuen-herrschern-nicht-110176396.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/krieg-in-nahost/nach-assads-sturz-in-syrien-sie-trauen-den-neuen-herrschern-nicht-110176396.html), zuletzt abgerufen am 16. Dezember 2024)?
33. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Schritte zum Schutz von belarussischen Staatsbürgern unternommen, die in Belarus politisch verfolgt werden, aber auch durch die litauische Regierung als „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ eingestuft werden, was ihnen nicht nur den Schutz in Litauen, sondern auch im gesamten Schengen-Raum verwehrt, und wenn ja, welche, und hat die Bundesregierung diesbezüglich Gespräche mit der litauischen Regierung geführt?

34. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zum vom neuen US-Präsidenten Donald Trump angekündigten Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutz-Abkommen, und plant die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um die darin vereinbarten Klimaziele gleichwohl zu erreichen, und wenn ja, in Zusammenarbeit mit welchen Partnern?
35. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs Karim Khan Haftbefehl gegen Taliban-Chef Haibatullah Achundsada und den Obersten Richter Abdul Hakim Hakkani wegen der Verfolgung von Frauen „strafrechtlich für das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Verfolgung aus Gründen des Geschlechts“ beantragt hat (siehe dazu: [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/istgh-chefanklaeger-fordert-haftbefehl-gegen-taliban-anfuhrer-110249985.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/istgh-chefanklaeger-fordert-haftbefehl-gegen-taliban-anfuhrer-110249985.html), [www.deutschlandfunk.de/haftbefehl-gegen-taliban-anfuhrer-achundsada-wegen-verfolgung-von-frauen-gefordert-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/haftbefehl-gegen-taliban-anfuhrer-achundsada-wegen-verfolgung-von-frauen-gefordert-100.html)), und falls ja, wie positioniert sich die Bundesregierung dazu?
36. Abgeordneter  
**Lars Rohwer**  
(CDU/CSU)
- Liegt dem Auswärtigen Amt eine Protestnote bzw. Kontaktaufnahme der tschechischen Regierung bezüglich der negativen Auswirkungen der in Dresden blockierten Bundeswasserstraße Elbe ([www.dnn.de/lokales/dresden/carolabruecke-dresden-kritik-vom-frueheren-mp-tillich-und-aus-tschchien-IMXUJFJBMVGVDP7H3KVPH4ZTPY.html](http://www.dnn.de/lokales/dresden/carolabruecke-dresden-kritik-vom-frueheren-mp-tillich-und-aus-tschchien-IMXUJFJBMVGVDP7H3KVPH4ZTPY.html)), die ebenfalls Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) ist, vor, und wenn ja, ist die Bundesregierung daraufhin tätig geworden, und wenn ja, wie genau?
37. Abgeordneter  
**Lars Rohwer**  
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung seit Inhaftierung von Luis Frómeta Compte in Havanna alles unternommen, um den deutschen Doppelstaatler freizukriegen, und inwiefern war das Auswärtige Amt im bekannt gewordenen – durch die katholische Kirche und die Biden-Administration verhandelten – und jetzt stockenden Freilassungsprozess ([www.kubakunde.de/neues/nach-trump-erlass-politische-gefangene-in-kuba-in-der-schwebe](http://www.kubakunde.de/neues/nach-trump-erlass-politische-gefangene-in-kuba-in-der-schwebe)) für Luis Frómeta Compte tätig?

38. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)
- Welche entsprechenden Rechtsfolgen hat die EU-Kommission infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 4. Oktober 2024 in der Rechtssache C-399/22 bezüglich der Kennzeichnungspflicht für Produkte aus den völkerrechtswidrig durch Marokko besetzten Gebieten der Westsahara, die bisher auf den europäischen Markt (EU und/oder Deutschland) gelangen, ohne dass sie als solche erkennbar sind (<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=28FF0CF02672CDBF99C0128624D18027?text=&docid=290679&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=23260461>), nach ggf. erfolgter Prüfung den EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland gegenüber zur Kenntnis gebracht, und welche konkreten Maßnahmen folgen aus dem Urteil für die Bundesregierung, um das Urteil des EuGH vom 4. Oktober 2024 in der Rechtssache C-399/22 bezüglich der besagten Kennzeichnungspflicht in Deutschland regulatorisch umzusetzen, damit diese zutreffend und nicht irreführend ist (bitte nach Maßnahmen auflisten, die bereits ergriffen wurden, gerade in Umsetzung und/oder in Planung sind)?
39. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung ggf. über entsprechende Planungen des US-Präsidenten Donald Trump bezüglich des in Europa stationierten US-Militärs, wonach ca. 20.000 US-Soldaten aus Europa abgezogen und für die verbleibenden ca. 80.000 US-Soldaten eine Übernahme von Kosten durch die europäischen Stationierungsländer verlangt werden sollen ([www.ansa.it/europa/notizie/rubriche/altrenews/2025/01/22/ansa-focus-trump-vuole-tagliare-20mila-soldati-usa-in-europa\\_8a4cd0b5-6c78-43e8-bc0c-6dd2aca0c65e.html](http://www.ansa.it/europa/notizie/rubriche/altrenews/2025/01/22/ansa-focus-trump-vuole-tagliare-20mila-soldati-usa-in-europa_8a4cd0b5-6c78-43e8-bc0c-6dd2aca0c65e.html)), und hat die Bundesregierung ggf. Kenntnisse über Umfragen, wonach auch aktuell eine Mehrheit in Deutschland einen Abzug oder zumindest die Reduzierung der US-Truppen aus Deutschland befürwortet (vgl. zuletzt <https://yougov.de/international/articles/31199-ein-drittel-der-deutschen-ist-gegen-den-us-truppen>)?
40. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(Gruppe BSW)
- Inwiefern betrachtet die Bundesregierung die Entsendung sogenannter europäischer „Friedenstruppen“ in die Ukraine trotz hoher Risiken für geeignet, einen möglichen Waffenstillstand zu sichern bzw. aufrechtzuerhalten (vgl. Vorschlag nach einem Treffen von Donald Trump, Emanuel Macron und Wolodymyr Selenskij, [www.ft.com/content/b38e4dae-44da-4c4d-9891-81368920f2fe](http://www.ft.com/content/b38e4dae-44da-4c4d-9891-81368920f2fe)), und zieht sie die Beteiligung der Bundeswehr an einem solchen Auslandseinsatz in Betracht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
der Justiz**

41. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)      Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Summe der Bürokratiekosten der Wirtschaft im Jahr 2024?
42. Abgeordnete  
**Carsten Müller**  
**(Braunschweig)**  
(CDU/CSU)      Wie kommt das Bundesministerium der Justiz zu der Einschätzung, dass eine Dringlichkeit bei der Umsetzung des Entwurfs eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR nicht gegeben ist, obwohl nicht nur die SED-Opferbeauftragte bereits 2022 dringenden Handlungsbedarf aufzeigte?
43. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)      Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ergriffen, um „das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken [zu] entlasten“, und welche weiteren konkreten Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, um „das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken [zu] entlasten“ ([www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf), S. 93)?
44. Abgeordneter  
**Tobias Matthias**  
**Peterka**  
(AfD)      Sieht sich die Bundesregierung veranlasst, konkrete Maßnahmen im Lichte der Entscheidungen und Beschlüsse der 5. Konferenz der Justizminister in Berlin, wie beispielsweise eine Verbesserung des Zugriffs auf verschlüsselte Messenger-Dienste, zu veranlassen, und wenn ja, wie sehen diese aus (vgl. [www.mj.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/erfolgreicher-abschluss-der-95-konferenz-der-justizministerinnen-und-justizminister-in-berlin-237593.html](http://www.mj.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/erfolgreicher-abschluss-der-95-konferenz-der-justizministerinnen-und-justizminister-in-berlin-237593.html), zuletzt abgerufen am 16. Dezember 2024)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

45. Abgeordneter  
**Dr. Hermann-Josef  
Tebroke**  
(CDU/CSU)      Was hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Unterstützung von Alleinerziehenden im Bereich der Haushaltsnahen Dienstleistungen ([www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf), S. 55) konkret unternommen, und entspricht das Erreichte dem, was die Bundesministerin sich vorgenommen hat?
46. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)      Wie viele der gestellten Anträge im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wurden jeweils in den letzten drei Jahren positiv beschieden (bitte absolut und im Verhältnis zu gestellten Anträgen angeben), und wie hoch schätzt die Bundesregierung die damit verbundenen Kosten (bitte nach Auszahlungen und Verwaltungskosten unterscheiden)?
47. Abgeordneter  
**Jens Teutrine**  
(FDP)      In welchem Umfang sind offene monetäre Forderungen von Jobcentern gegenüber Leistungsberechtigten des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch jeweils in den Jahren 2014 bis 2024 unwiederbringlich verjährt (bitte in Jahreszahlen aufschlüsseln)?
48. Abgeordneter  
**Jens Teutrine**  
(FDP)      In welchem Umfang sind offene monetäre Forderungen von Jobcentern gegenüber Leistungsberechtigten des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch zum Jahreswechsel 1. Januar 2025 unwiederbringlich verjährt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der  
Verteidigung**

49. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Welchen Zeitraum wird nach Schätzung des Bundesministeriums der Verteidigung die notwendige Anpassentwicklung beim Beschaffungsvorhaben Artillerie-Radhaubitze RCH 155 (vgl. [www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-uebergibt-erste-radhaubitze-rch-155-an-ukraine-5876068](http://www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-uebergibt-erste-radhaubitze-rch-155-an-ukraine-5876068)), die Voraussetzung für eine volle Einsetzbarkeit und damit einer Serienbeschaffung dieses Waffensystems für die Bundeswehr ist, in Anspruch nehmen, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für das Beschaffungsvorhaben A400M DIRCM (Directed Infrared Counter Measure) bislang keine 25-Millionen-Euro-Vorlage zugeleitet, obwohl der entsprechende Beschaffungsvertrag nach meiner Kenntnis endverhandelt ist (bitte alle Gründe ausführlich erläutern)?
50. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Warum plant das Bundesministerium der Verteidigung nach meiner Kenntnis den aktuellen Betreibervertrag für die Unterstützungsleistung Betrieb und Betreuung des Gefechtsübungszentrums des Heeres (GefÜbZH) ab dem 1. September 2026 um acht Monate zu verlängern, obwohl dies seitens des Bundesministeriums der Verteidigung – unter anderem aus rechtlichen Gründen – im Rahmen der 81. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 5. Juni 2024 explizit ausgeschlossen wurde (bitte insbesondere darauf eingehen, warum das Bundesministerium der Verteidigung nur eine Zwischenlösung für acht Monate anstrebt und keine grundsätzliche Entscheidung zum weiteren Betrieb und der Betreuung des GefÜbZH entweder im Sinne einer erneuten externen Ausschreibung dieser Leistung oder einer entsprechenden Beauftragung der bundeseigenen HIL GmbH getroffen wird), und warum wurde diese Entscheidung aufgrund der nach meiner Ansicht herausragenden Bedeutung dieser Angelegenheit für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nach meiner Kenntnis – anders als ursprünglich vorgesehen – von Staatssekretär Nils Hilmer und nicht vom Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius persönlich getroffen?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft**

51. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)
- Wann und in welchem Umfang wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag umfassend über den Stand des Bürokratieabbaus in der Landwirtschaft anhand der vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) selbst als „in Bearbeitung“ bezeichneten bundespolitischen Aufgabenbereiche (fünf von 39, vgl. dazu [www.bmel.de/DE/themen/buerokratieabbau/buerokratieabbau.html](http://www.bmel.de/DE/themen/buerokratieabbau/buerokratieabbau.html)) unterrichten?
52. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)
- Hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gemäß seinem „Positionspapier der Bundesrepublik Deutschland zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027“ konkrete Maßnahmen bereits jetzt in Planung, um Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Naturschutz und Tierwohl für die Betriebe einkommenswirksam zu honorieren, und wenn ja, welche ([www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/positionspapier-gap-2027.html](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/positionspapier-gap-2027.html))?





